

## **Rede anlässlich des Save Abortion Day 2019**

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnerinnen im Bündnis für Sexuelle Selbstbestimmung Hamburg fordern auch wir als Evangelische Frauen in Hamburg die Abschaffung von §219a StGB!

So auch die Evangelischen Frauen in Deutschland in ihrer Pressemitteilung vom 29. August 2018:

„§219a endlich abschaffen!

[...] Die Evangelischen Frauen in Deutschland e.V. (EFiD) solidarisieren sich mit den nach §219a angeklagten Ärztinnen. EFiD fordert den Gesetzgeber auf, den von den Nationalsozialisten 1933 eingeführten Paragraphen abzuschaffen. Frauen in Schwangerschaftskonflikten müssen sich sachlich über medizinische Methoden und Schwangerschaftsabbrüche durchführende ÄrztInnen informieren können. Bisher verhindert dies der §219a, der nach Ansicht der Evangelischen Frauen nicht mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar ist, denn er schränkt das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf freie Arztwahl ein.“

Auch die Frauendelegiertenkonferenz der Nordkirche fordert die Streichung von §219a des Strafgesetzbuches, so in ihrer Resolution vom 20. Oktober 2018:

„Die Delegierten der Frauendelegiertenkonferenz der Nordkirche bekräftigen die Positionierung des Frauenwerks der Nordkirche vom 1. Mai 2018 zur Streichung des §219a des Strafgesetzbuches. Im Anschluss und in perspektivischer Erweiterung beschließen die Delegierten Folgendes:

1. Die Frauendelegiertenkonferenz fordert einen niedrigschwelligen Zugang zu sachlichen Informationen über medizinische Möglichkeiten und Implikationen eines Schwangerschaftsabbruches sowie über Ärzt\*innen, die ihn ausführen.
2. Die Frauendelegiertenkonferenz fordert, die umfassende Verfügbarkeit von Beratungsstellen, Seelsorge und Ärzt\*innen für Schwangere in Konfliktsituationen zu sichern. Beeinflussung, Belästigung und Stigmatisierung aller Beteiligten, insbesondere von Schwangeren, ihren Angehörigen sowie behandelnden Ärzt\*innen in Schwangerschaftskonfliktsituationen sind zu unterbinden.
3. Die Frauendelegiertenkonferenz stellt klar, dass ein Schwangerschaftsabbruch für Betroffene das Ergebnis eines komplexen Entscheidungsprozesses ist. Daher fordern wir die Beendigung der frauenfeindlichen Unterstellung in Kirche, Gesellschaft und Politik, dass der freie Zugang zu Informationen über einen Schwangerschaftsabbruch diesen verharmlose.“

Und ich füge hinzu: Nicht die Kriminalisierung von Frauen löst die gesellschaftlichen Probleme, die zu Schwangerschaftsabbrüchen führen. Wir brauchen menschenwürdige Lebensbedingungen für alle Menschen in unserer Stadt. Dazu gehört auch das Selbstbestimmungsrecht von Frauen\* über ihren Körper.

Daher schließe ich mich als Pastorin im Evangelischen Frauenwerk Hamburg-West/Südholstein der Forderung unserer gemeinsamen Demonstration an:

**„Weg mit §§ 218, 219a StGB! Safe Abortion Day –  
Körperliche Selbstbestimmung jetzt!“**

Hamburg, 28.9.19, Dr. Michaela Will